

KDFB – INFORMATIONEN 1/2010



Aus Verbänden und Organisationen

Andante

- 2 Generalversammlung. Europa – Die Frau:
Eine Kraft für die Demokratie

BAGSO

- 3 Kleingedrucktes kaum zu entziffern

Deutscher Frauenrat

- 4 Hartz IV: Bedarfsgemeinschaft muss über-
dacht werden
5 Equal Pay Day

Deutscher Caritasverband

- 6 Pflegende Angehörige besser absichern
7 Neue Online-Beratung bei Behinderung
und psychischer Erkrankung

FidAR

- 7 Europas Regierungen setzen auf mehr
Frauen in Aufsichtsräten

Hildegardis-Verein

- 9 Auszeichnungstafel für Mentoring-Projekt

Kuratorium Deutsche Alterhilfe

- 10 Demenz sichtbar gemacht

medica mondiale

- 11 Sexualisierte Kriegsgewalt schärfer verfol-
gen

Müttergenesungswerk

- 12 60-jähriges Bestehen
13 Kuren für pflegende Frauen

ÖFCFE

- 15 25 Jahre ökumenisches Engagement von
Frauen – Buch zur Geschichte des
ÖFCFE

Oxfam Deutschland

- 15 Deutschland zahlt zu wenig Entwicklungs-
hilfe
16 Schockierende Studie über Vergewaltig-
ungen im Kongo

Sozialdienst katholischer Frauen

- 17 SkF fordert bessere Chancen für alleiner-
ziehende Mütter
18 SkF begrüßt Entscheidung des Bundes-
verfassungsgerichts

Terre des femmes

- 19 Kampagne gegen Genitalverstümmelung

ZdK

- 20 ZdK fordert Neuordnung der Finanzmärkte
20 ZdK begrüßt Karlsruher Urteil
21 Kontroverse Debatte über Afghanistan
22 ZdK fordert Reformen in der Kirche

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesensstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

ANDANTE

Europa – Die Frau: eine Kraft für die Demokratie

Was ist Demokratie, wie funktioniert sie in den verschiedenen europäischen Ländern und welchen Einfluss haben Frauen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Generalversammlung von Andante, der Europäischen Allianz katholischer Frauenverbände, die vom 15. bis 18. April in Straßburg stattgefunden hat. Sie stand unter dem Thema „Europa – Die Frau: eine Kraft für die Demokratie“. Die Organisatorinnen hatten Straßburg als Tagungsort ausgewählt, weil hier wichtige europäische Einrichtungen ihren Sitz haben: der Europarat, der Europäische Gerichtshof und das Europäische Parlament. Eleanor Fuller, Britische Botschafterin beim Europarat, erläuterte in ihrem Referat, wie der Europarat funktioniert und wie Andante als Frauenlobby auf europäischer Ebene Politik mitgestalten könne.

Fast alle europäischen Länder werden inzwischen demokratisch regiert. Es gibt aber große Unterschiede, wie Entscheidungen getroffen und Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Das zeigte eine Podiumsdiskussion, die von Gret Haller, Publizistin und ehemalige Präsidentin des Schweizerischen Nationalrates, moderiert wurde. KDFB-Präsidentin und CDU-Politikerin Ingrid Fischbach, Mária Demeterova (Slowakei), Marie Jílková (Tschechien), Huguette Legros (Frankreich) und Mary McHugh (England) stellten jeweils die politischen Strukturen ihrer Länder vor. Während in Deutschland Verbände und Lobby-Gruppen viele Einflussmöglichkeiten haben, gibt es im zentralistisch regierten Frankreich kaum Verbände. Die Schweiz dagegen setzt auf Basisdemokratie. Bürger und Bürgerinnen sind häufig über Volksentscheide beteiligt. Das Spektrum der politischen Teilhabe bewege sich zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl. Beunruhigend sei die Politikverdrossenheit in allen europäischen Ländern, sagte KDFB-Vizepräsidentin Beate Born, sei es aus Enttäuschung oder Desinteresse am politischen Geschehen. Beunruhigend sei ebenfalls, dass rechte Parteien in den Parlamenten immer mehr Einfluss gewinnen.

Bei der Generalversammlung stand auch die Neuwahl des Organisationskomitees an, dem neun Frauen aus neun Ländern angehören. Marie-Luise van Wijk aus den Niederlanden wurde als Vorsitzende wieder gewählt. Zum Abschluss feierten die Frauen einen Gottesdienst mit dem Erzbischof von Straßburg, in dessen Verlauf zum ersten mal das „Andante-Gebet“ gebetet wurde. Dieses Gebet wurde in einem längeren Prozess von Andante entwickelt und von Jacqueline Keune (Schweiz) getextet.

Gabriele Klöckner

ANDANTE ist ein 2007 gegründetes Netzwerk von zur Zeit 21 katholischen Frauenverbänden aus 13 europäischen Ländern. Sie vertreten rund 1,2 Millionen Frauen. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) ist Mitglied in diesem Netzwerk. Er wurde bei der Generalversammlung von den Vizepräsidentinnen Beate Born und Waltraud Deckelmann sowie Helga Sourek, Mitglied der Internationalen Kommission des KDFB, vertreten.

Weitere Informationen zu ANDANTE, ihren Zielen, Aktivitäten und Mitgliedsverbänden unter www.andante-europa.net.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)

Etiketten: Kleingedrucktes kaum zu entziffern

Verbraucherzentralen und Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen starten Kundenaktion

Wer sich gesund oder kalorienarm ernähren möchte, muss wissen, was in Lebensmitteln enthalten ist. Doch insbesondere Senioren beschwerten sich immer häufiger über das Kleingedruckte auf der Verpackung: Sie können es nicht lesen. Zutatenlisten oder Mindesthaltbarkeitsdaten werden zu klein gedruckt; manchmal hilft nur eine Lupe, um sie zu entziffern. Zudem fehlt häufig der Kontrast zwischen Schrift und Hintergrund, Aufschriften sind verschwommen oder die Abstände zwischen den Buchstaben sind zu eng. Ein Wirrwarr von Zutatenlisten in 10 oder mehr Sprachen macht das Lesen noch mühsamer.

Jetzt starten die Verbraucherzentralen und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) die Aktion „Lesbare Etiketten“. Auf der Website www.fitimalter.de können sich Konsumenten über Produkte beschweren, deren Inhaltsstoffe nicht deutlich sichtbar oder schlecht lesbar auf der Verpackung stehen. Entsprechende Produktbeispiele werden veröffentlicht.

„Die Lösung für das Etikettenproblem kann nicht sein, nur noch mit der Lupe einkaufen zu gehen“, sagt Ute Hantelmann von der Verbraucherzentrale Hamburg. „Wir fordern eine Mindestschriftgröße. Die wichtigen Informationen müssen konsumentenfreundlicher aufgelistet werden.“

Dass es geht, zeigen Positiv-Beispiele, die im Rahmen der Aktion ebenfalls an die Verbraucherzentrale Hamburg gesendet und im Internet aufgelistet werden. Die Mitmachaktion endet am 30. September 2010. Die kostenlosen Kurse „Fit im Alter“, die bundesweit angeboten werden, motivieren die Seniorinnen und Senioren, sich ihren Alltag gesundheitsbewusst, aktiv und schmackhaft zu gestalten. „Voraussetzung dafür ist, dass sie wissen, was sie kaufen und ihnen keine versteckten Dickmacher untergeschoben werden, weil sie den Zucker- oder Fettgehalt nicht erkennen können“, so Silke Schwartau von der Verbraucherzentrale.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. tritt als Interessenvertretung der älteren Generationen in Deutschland vor allem dafür ein, dass jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Sie setzt sich dafür ein, dass auch alte Menschen die Chance haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sich das im öffentlichen Meinungsbild über „die Alten“ widerspiegelt.

Ihre **Ziele** sind:

- das Bild und die Stellung älterer Menschen in Gesellschaft und Familie zu verbessern,
- ein selbst bestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen,
- Ältere darin zu bestärken, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,
- das solidarische Miteinander und den Dialog der Generationen voranzubringen,

- die Gesunderhaltung zu fördern, Behinderungen auszugleichen und die pflegerische Versorgung zu verbessern sowie
- die Interessen älterer Verbraucher zu stärken.

Unter dem Dach der BAGSO arbeiten zurzeit (Juli 2009) 101 Verbände, Organisationen und Initiativen der freien Altenarbeit zusammen. Über ihre Mitglieder vertritt die BAGSO mehr als zwölf Millionen ältere Menschen in Deutschland. Der KDFB ist Mitglied in der BAGSO.

Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), Bonngasse 10, 53111 Bonn, E-Mail: kontakt@bagso.de, Internet: www.bagso.de

Deutscher Frauenrat

Auch die Bedarfsgemeinschaft muss überdacht werden

Der Deutsche Frauenrat begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen des SGB II. Auch wenn sein Inhalt vorhersehbar war, überrascht doch die deutlich formulierte Kritik an der bisherigen Ermittlung des Existenzminimums vor allem für Kinder. Jene hat das Gericht als unvereinbar nicht nur mit der verfassungsrechtlich garantierten Menschenwürde sondern auch mit dem Sozialstaatlichkeitsprinzip erachtet.

„Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber so hohen Druck macht, diesen Missstand zu beheben“, sagte Sieglinde Scheel, Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrates, die die Urteilsverkündung in Karlsruhe verfolgte. „Mit dem bisherigen Verfahren der Bedarfsermittlung muss endlich Schluss sein.“ Demnach wird der Bedarf nur für Alleinstehende bzw. den Haushaltsvorstand nachvollziehbar nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelt, während der Bedarf aller weiteren Mitglieder „ins Blaue hinein“ (Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier) abgeleitet wird. „Dieses Verfahren geht vor allem an den Bedürfnissen von Kindern völlig vorbei und wurde daher vom Bundesverfassungsgericht besonders kritisiert“, so Scheel.

Der Deutsche Frauenrat hat die Reform des SGB II von Anbeginn kritisch begleitet. Seit 2005 fordert die Lobby der Frauen die Bundesregierung auf, die Regelleistungen für Kinder und Jugendliche insgesamt angemessen zu erhöhen. Im Zentrum der Kritik standen und stehen aber bis heute die gleichstellungspolitischen Verwerfungen durch das Konstrukt der „Bedarfsgemeinschaft“ und die gegenüber dem früheren Sozialhilferecht verschärfte Anrechnung des Partner Einkommens.

§ 9 SGB II regelt, dass bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit einer Person auch das Einkommen und Vermögen von deren Partner oder Partnerin berücksichtigt werden muss. Hilfebedürftig ist demnach nicht, wer mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenlebt, dessen/deren Einkommen den gemeinsamen Existenzbedarf abdeckt. Dieser Bedarf orientiert sich an den Regelsätzen des SGB II, über die heute das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gefällt hat. Wer aber dem Gesetz nach nicht hilfebedürftig ist, kommt in der Regel auch nicht in den Genuss der aktiven Arbeitsförderungsmaßnahmen. Denn letztere sind an den Bezug von Geldleistungen geknüpft.

Das betrifft zu 74 Prozent langzeitarbeitslose Frauen

Die Bedarfsgemeinschaft stellt nicht auf den individuellen, sondern den Gesamtbedarf der Gemeinschaft ab. Der erwerbstätige Teil muss das gesamte Erwerbseinkommen und sein Vermögen dieser Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Als Mitglied steht ihm, wenn sein Einkommen gering und/oder die Bedarfsgemeinschaft groß ist, lediglich der bedarfsanteilige Regelsatz zu. Im ungünstigsten Fall wird der erwerbstätige Partner oder die Partnerin selbst hilfebedürftig, obwohl er oder sie ein für den eigenen Bedarf ausreichendes Einkommen erzielt. Im August 2009 betraf das 7 Prozent aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen: Sie erzielten mit ihrer eigenen Arbeitskraft ein Monatseinkommen von mehr als 800 € und waren dennoch hilfebedürftig mit allen Konsequenzen hinsichtlich der Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen des SGB II. Leider ist diese Zahl nicht geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt, was ein vom Deutschen Frauenrat häufig kritisiertes Grundproblem der Statistik ist.

Hartz IV und die Regeln der Bedarfsgemeinschaft wirken damit der Bildung und Aufrechterhaltung solidarischer Lebensgemeinschaften entgegen. Alleinerziehenden Hilfebedürftigen wird die Suche nach einem Lebenspartner oder einer Lebenspartnerin mit Sicherheit nicht leichter, wenn jener oder jene durch die Unterhaltsverpflichtungen des § 9 SGB II sich selbst dem Risiko aussetzt, in den Hartz-IV-Bezug abzustiegen.

95 Prozent der alleinerziehenden Hilfebedürftigen sind Frauen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht heute schon zum zweiten Mal den Gesetzgeber in die Pflicht nimmt, das SGB II mit der Verfassung in Einklang zu bringen, fordert der Deutsche Frauenrat die politisch Verantwortlichen erneut dringend auf, die Anrechnungsregelungen für das Partnereinkommen dahingehend zu verändern, dass mittelbare Diskriminierungen wegen des Geschlechts verhindert und positive Anreize für die Bildung und Stabilität von Solidargemeinschaften geschaffen werden.

Dazu bedarf es zumindest der Rücknahme der seit dem Fortentwicklungsgesetz unwiderlegbaren Vermutung, dass erwachsene Mitglieder gegenseitig für den Unterhalt aufkommen wollen. Darüber hinaus müssen auch Arbeitsuchende, die wegen der Anrechnung des Partnereinkommens keine Geldleistungen erhalten, in vollem Umfang von den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung profitieren können.

Pressemitteilung - 9. Februar 2010

Equal Pay Day: Rote Taschen sieht man besser

Mit einer großen Aktion am Brandenburger Tor haben Deutscher Frauenrat und LandesFrauenrat Berlin am 26. März den Equal Pay Day 2010 begangen. „Das Thema Entgeltgleichheit hat in den letzten drei Jahren deutlich an Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen. Dies ist vor allem dem Druck zu verdanken, den viele Frauen über ihre Verbände aufgebaut und sowohl auf die Politik als auch auf die Wirtschaft ausgeübt haben,“ sagte die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers, zur Eröffnung der Straßenveranstaltung. Und wenn auch die Forderung nach mehr Frauen in den Aufsichtsräte nicht unmittelbar dem Thema Entgeltgleichheit zuzuordnen sei, so könne doch vermutet werden, dass die Deutsche Telecom auch durch entsprechende

Signale motiviert worden sei, eine Quote in allen Bereichen und auf allen Ebenen ihres Unternehmens einzuführen. „Umso mehr verwundert es, dass diejenigen, die diesen Schub bremsen, in der Regierung sitzen. Zwar enthält der Koalitionsvertrag eine Passage zur Überwindung der Entgeltungleichheit – aber die Aussagen sind viel zu vage, um das Anliegen voranzutreiben“, so Brouwers weiter.

Zahlreiche PassantInnen aus aller Welt besuchten den Informationsstand auf dem Platz des 18. März, kamen ins Gespräch mit den Veranstalterinnen und teilten ausnahmslos das Anliegen des Tages. ParlamentarInnen aller Parteien kamen vom Reichstag herüber, um die Forderungen nach Entgeltgleichheit zu unterstützen. Vom Potsdamer Platz aus formierten Gewerkschaftsfrauen eine Menschenkette, die sich bis zum Brandenburger Tor zog.

Der **Deutsche Frauenrat** ist die Vereinigung von aktuell 56 bundesweit aktiven Frauenverbänden und -organisationen. Zu seinen Mitgliedern zählen konfessionelle Verbände und Berufsverbände, die Frauengruppen der Parteien, der Gewerkschaften und des Deutschen Olympischen Sportbundes, außerdem überkonfessionell und überparteilich arbeitende Organisationen mit vielfältigen sozialen und politischen Aufgaben. Insgesamt hat der Deutsche Frauenrat mehr als zehn Millionen Mitglieder. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) ist über die AG katholischer Frauenverbände und -gruppen im Deutschen Frauenrat. Frauenratsvorsitzende ist KDFB-Vizepräsidentin Marlies Browsers.

Kontakt:

Deutscher Frauenrat, Geschäftsstelle, Axel-Springer-Str. 54a, 10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30/20 45 69-0 - Fax: +49 (0) 30/20 45 69-44

Internet: <http://www.frauenrat.de> - E-Mail: [kontakt\(at\)frauenrat.de](mailto:kontakt(at)frauenrat.de)

Deutscher Caritasverband

Caritasverband: Pflegende Angehörige besser absichern

Berlin (KNA) Der Deutsche Caritasverband hat eine bessere Absicherung von pflegenden Angehörigen gefordert. Caritas-Präsident Prälat Peter Neher sprach sich dafür aus, die private Versorgung von pflegebedürftigen oder sterbenden Angehörigen ähnlich wie die Pflege- und Erziehungszeiten bei Kindern zu regeln. Die soziale und finanzielle Absicherung dieser Angehörigen sei „ein Gebot der Gerechtigkeit und der Solidarität“, betonte er. Neher äußerte sich bei der Vorstellung der Caritas-Jahreskampagne 2010. Unter dem Titel „Experten fürs Leben“ will sie mehr Aufmerksamkeit auf die älteren und alten Menschen in Deutschland lenken. Neher kritisierte, allzu oft werde das Leben im Alter allein als demografisches Problem wahrgenommen. Das werde alten Menschen nicht gerecht. Statt dieser defizitorientierten Sichtweise sollten die Öffentlichkeit und die Medien viel stärker auf die Potenziale schauen, die ältere Menschen der Gesellschaft zu bieten hätten. So sei das ehrenamtliche Engagement von Senioren ein unverzichtbarer Faktor für das Zusammenleben der Generationen.

(KNA – 12. Januar 2010)

Neue Online-Beratung bei Behinderung und psychischer Erkrankung

Freiburg (KNA) Der Caritasverband hat eine neue Online-Beratung für Behinderte und Menschen mit psychischen Erkrankungen gestartet. Damit werde erstmals bundesweit eine datensichere Online-Beratung in diesem Bereich angeboten, sagte ein Sprecher des Fachverbands für Behindertenhilfe und Psychiatrie auf Anfrage in Freiburg. Ratsuchende könnten sich aufgrund der verschlüsselten Datenübertragung auf den Schutz auch sensibler Daten verlassen.

Über die Internetseite www.beratung-caritas.de gelangen Ratsuchende in einen passwortgeschützten Bereich, in dem sie ihre Fragen hinterlegen können. Laut Caritas erhalten sie dann werktags innerhalb von 48 Stunden eine persönliche Antwort. Die Anfragen werden durch Zuordnung der Postleitzahl von örtlichen Caritas-Beratungsstellen bearbeitet.

Das Angebot will Hilfen rund um die Themen Behinderung und psychische Erkrankung anbieten. Dazu zählen beispielsweise der Verweis auf Anlaufstellen vor Ort, Empfehlungen im Umgang mit Behörden oder rechtliche Auskünfte. Alle Berater im Hintergrund des neuen Online-Angebots sind laut Caritas für die speziellen Anforderungen einer psychosozialen Beratung über das Internet qualifiziert. (KNA – 22. April 2010)

Stichwort: Deutscher Caritasverband (DCV)

Der Deutsche Caritasverband (DCV) ist der größte Wohlfahrtsverband Deutschlands und Europas. Die Dachorganisation katholischer Sozialeinrichtungen hilft im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz im In- und Ausland Menschen in Not. Mit gut 480.000 hauptamtlichen Mitarbeitern, davon mehr als 80 Prozent Frauen, ist die Caritas größter privater Arbeitgeber in Deutschland. Etwa ebenso viele Menschen sind ehrenamtlich im Verband tätig. Der Verband engagiert sich auf allen Gebieten der Gesundheits-, Jugend- und Sozialhilfe. Er unterhält knapp 25.000 Einrichtungen, vor allem Kindergärten und Krankenhäuser. Dazu kommen Altenpflegeheime, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Schulen.

Kontakt:

Deutscher Caritasverband e.V. - Karlstraße 40 - 79104 Freiburg

Telefon:0761/200-0 - Internetseite: www.caritas.de - E-Mail: info@caritas.de

Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR)

Europas Regierungen setzen auf mehr Frauen in Aufsichtsräten

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird die Chancengleichheit von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft zunehmend gesetzlich verankert. Das berichteten Frauenpolitike-

rinnen aus dem In- und Ausland beim zweiten Forum der Initiative Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) in der französischen Botschaft in Berlin. Frankreich stehe kurz davor, eine Frauenquote für Aufsichtsräte, die Niederlande sogar für die Vorstände, einzuführen. In Belgien, Finnland, Österreich, Schweden und Spanien seien entsprechende Gesetzesinitiativen in die Wege geleitet beziehungsweise beschlossen worden. Vorbild der Entwicklung ist Norwegen, wo seit 2008 eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen gilt. Der KDFB, der sich schon seit Jahren für mehr Frauen in Führungspositionen und eine Frauen-Quote für Aufsichtsräte einsetzt, gehört zu den Unterstützerinnen des FidAR-Forums.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder lehnte bei dem Forum dagegen eine Frauen-Quote ab. „Frauen haben längst die Arbeitswelt erobert. Aber dort, wo die wichtigen Entscheidungen getroffen werden, bleiben die Männer immer noch unter sich“, räumte die Bundesfrauenministerin ein. Sie setzt aber auf die Einsicht der Unternehmer: „Unternehmen können es sich gar nicht mehr leisten, in den Führungsetagen auf die Kompetenz von Frauen zu verzichten. Deswegen freue ich mich, wenn Unternehmen mit gutem - freiwilligem - Beispiel vorangehen. Eine gesetzlich verordnete Quotenregelung für Frauen in Aufsichtsräten kann nur Ultima Ratio sein. Die nötigen Veränderungen erreichen wir nur mit Unterstützung der Wirtschaft und nicht gegen sie“, betonte die Ministerin.

Während gesetzliche Maßnahmen in Deutschland noch ausstehen, handeln immer mehr Unternehmen und stärken bewusst die Vielfalt in der Unternehmensführung. Dabei werden sie von der Empfehlung des Corporate Governance Kodex bestärkt, für eine angemessene Vertretung von Frauen in Aufsichtsräten und im Vorstand zu sorgen. Die HypoVereinsbank hat zu Beginn des Jahres den ersten Frauenbeirat eines deutschen Finanzinstituts eingerichtet. Der Vorstand der Deutschen Telekom AG hat beim FidAR-Forum bekannt gegeben, bis 2015 eine Quote von 30 Prozent Frauen in Führungspositionen zu erreichen.

Im Februar hat die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex empfohlen, in den Richtlinien zur guten Unternehmensführung konkrete Pläne einzufordern, wie der Anteil von Frauen in den Aufsichtsgremien erhöht werden kann. Die Aufsichtsräte müssten danach zukünftig in der Entsprechungserklärung darlegen, welchen Anteil von Frauen sie für angemessen halten und bis wann dies erreicht werden kann. Bisher fordert der Corporate Governance Kodex die Unternehmen nur dazu auf, bei der Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Vorstand auch auf „Vielfalt (Diversity)“ zu achten.

„Die Einführung einer Frauenquote in Norwegen war das Signal, die Entwicklung in Frankreich und den europäischen Nachbarstaaten ist der Durchbruch für mehr Gleichberechtigung in der europäischen Wirtschaft“, erklärt Monika Schulz-Strelow, Präsidentin der Initiative FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte. „Die Bundesregierung sollte sich diese Entwicklung zum Vorbild nehmen und den Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst möglichst schnell ausgestalten und umsetzen.“ Die Erfahrung zeige, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht ausreiche, um substanzielle Änderungen zu erreichen. „Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer verbindlichen, gesetzlich verankerten Quote von 25 Prozent + Frauen in Aufsichtsräten. Wir spüren bei FidAR den Rückenwind der europäischen Nachbarn, aber auch in zunehmender Weise das Umdenken in der Wirtschaft und in der Deutschen Corporate Governance Kommission. Das letzte männlich dominierte Jahrzehnt begann mit der Internetkrise und endete mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Das neue Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Frauen in der Wirtschaft“, so Schulz-Strelow. (FidAR/gk)

Eine **Dokumentation** der Tagung finden Sie im Internet unter =>
www.fidareinegutewahl.de => Presse

FidAR e.v. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, ins Leben gerufen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die es sich zum Ziel gesetzt hat, auf eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Kapitalgesellschaften hin zu wirken.

Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) e.V., Anklamer Straße 38, 10115 Berlin
E-Mail: [info\(at\)fidar.de](mailto:info(at)fidar.de) - Internet: www.fidar.de

Hildegardis-Verein

Hildegardis-Verein erhielt Auszeichnungstafel des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“

Für das bundesweit erste Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung erhielt der auf die Förderung von Frauenbildung spezialisierte Hildegardis-Verein die Ehrentafel des Wettbewerbs „Deutschland – Land der Ideen“. Bundesregierung und Deutsche Bank prämiieren mit dieser Standortinitiative auch in diesem Jahr 365 Orte, die mit ihrem visionären Denken stellvertretend für die Innovationskraft und die Umsetzungsstärke der Deutschen stehen. Hans-Josef Conrad, stellvertretender Direktor der Deutschen Bank Bonn, übergab die Tafel bei der diesjährigen Auftaktveranstaltung des Mentoring-Programms an den Vorstand des Hildegardis-Vereins. Mit diesem von der Conterganstiftung für behinderte Menschen geförderten Programm setzte sich der Verein unter mehr als 2.200 Bewerbungen durch.

Bei dem Auftaktseminar stellte der Verein erneut 20 Studentinnen mit Behinderung je eine berufserfahrene Persönlichkeit mit akademischem Abschluss als Mentorin oder Mentor zur Seite. Die Zusammenarbeit ist auf ein Jahr angelegt. Die Mentorinnen und Mentoren, die überwiegend selbst mit einer Behinderung leben, kommen aus allen Fachrichtungen. Sie unterstützen die Mentees bei der Entwicklung ihrer Kompetenzen, geben ihnen Strategien zur Bewältigung von Hürden und Enttäuschungen an die Hand und vermitteln Praktika oder Kontakte in berufliche Netzwerke.

„Wir möchten, dass die Studentinnen mit Behinderung durch unser Programm ermutigt werden, ihre Stärken weiterzuentwickeln und dass sie neue Rollenvorbilder erleben. Die Auszeichnung als "Ort im Land der Ideen" freut uns besonders deshalb, weil wir jetzt hoffentlich noch mehr Aufmerksamkeit für die Potenziale von Studentinnen mit Behinderung erzeugen werden und Nachahmer für unseren Förderansatz finden“, erklärte die Vorsitzende des Hildegardis-Vereins, Prof. Dr. Gisela Muschiol anlässlich der Übergabe der Auszeichnungstafel. Die offizielle Urkunde mit der Unterschrift des Bundespräsidenten als Schirmherrn des Wettbewerbs wird der Verein am Tag der Behinderten, dem 3. Dezember 2010 bei einer Netzwerktagung in Berlin erhalten. Der Hildegardis-Verein wird bei dieser Veranstaltung die Beteiligten des Programms mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Arbeitsvermittlung und Kultur ins Gespräch bringen.

Der **Hildegardis-Verein** wurde 1907 zur Förderung von Frauenstudien gegründet und setzt sich seitdem für die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Frauenstudien an deutschen Hochschulen und Fachhochschulen ein. Mit zinslosen Studiendarlehen fördert er Frauen aller Alters- und Berufsgruppen im Studium und in der Ausbildung. Mit einer zusätzlichen Familienförderung will der Verein die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung für Frauen verbessern. Im Jahr 2008 startete der Verein das bundesweit erste Mentoring-Projekt für Studentinnen mit Behinderung. Weitere Informationen: www.hildegardis-verein.de

Weitere Informationen zum Mentoring-Projekt:

Hildegardis-Verein e.V., Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn, Tel: 0228/ 96 95 141,

Fax: 0228/ 96 95 226, E-Mail: [mentoring\(at\)hildegardis-verein.de](mailto:mentoring(at)hildegardis-verein.de)

Internet: www.mentoring-projekt.de

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Demenz sichtbar gemacht

Kuratorium Deutsche Altershilfe mit neuem Informationsangebot

„Demenzerkrankungen gehören gesellschaftlich zu den immer noch tabuisierten Krankheiten. Derzeit leiden in der Bundesrepublik ca. 1,1 Millionen Menschen an einer Demenz. Bis 2050 wird sich ihre Zahl wahrscheinlich verdoppeln“, so der Geschäftsführer des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) Dr. Peter Michell-Auli. „Solange es keine Chance auf Heilung gibt, müssen wir daher alles tun, diesen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen, deren Angehörige unterstützen und Fachleute wie Ärzte und Pflegekräfte aber auch ehrenamtliche Betreuer umfassend beraten.“ Das KDA erweitert deshalb sein umfangreiches Informationsangebot zum Thema Demenz um mehrere Videofilme, die sich aus verschiedener Perspektive mit den Auswirkungen der Krankheit auf Betroffene und deren Angehörige beschäftigen. Ergänzt werden die Filme durch eine Info-CD mit zahlreichen weiterführenden Informationen.

Die DVD-Box „Demenz – Filmratgeber für Angehörige“ beinhaltet den Spielfilm „Eines Tages...“, zwei weitere DVDs mit 12 Themenfilmen (360 Min.) sowie eine CD-ROM. Ziel ist es, Angehörigen von Demenzkranken aber auch ehrenamtlich und professionell Betreuenden konkrete Hilfestellung zu bieten. Ärzte, Pflegekräfte, Experten und Angehörige geben ihre Erfahrungen mit dem Thema in zahlreichen Interviews weiter. Dazwischen zeigen Spielfilmszenen typisches Verhalten, bringen Konflikte auf den Punkt und weisen Lösungswege.

Die Mischung aus Fiktion und realen Erlebnisberichten ermöglicht vielschichtige Einblicke in den Alltag mit Demenz und gibt wertvolle Hinweise für die häusliche Betreuung. Medizinische und rechtliche Informationen ergänzen die Themenpalette. Die CD-ROM gibt Textinformationen zu den Themenfilmen, enthält Dokumente, Checklisten, wichtige Adressen und Links.

Initiiert und gefördert wurde das Filmprojekt vom Landschaftsverband Rheinland, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW und den nordrhein-westfälischen Pfl-

gekassen in Zusammenarbeit mit der KDA-Pflegeexpertin und Psychologin Christine Sowinski. Die DVD-Box ist zum Einführungspreis von 19,90 € zzgl. Porto erhältlich im KDA-Onlineshop unter www.kda.de.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)

Das KDA ist seit 2004 zuständig für die fachliche Koordination der bundesweit einzigartigen Landesinitiative Demenz-Service NRW und bietet zahlreiche Fachinformationen und Fortbildungen zu Demenzerkrankungen an. Darüber hinaus erarbeitet das KDA Studien, Expertisen und Arbeitshilfen, u.a. für Bundes- und Landesministerien, Kommunen und Sozialverbände, erstellt Managementkonzepte für Heimträger und ambulante Pflegedienstleister und bietet Weiterbildungsmaßnahmen für Führungs- und Fachkräfte an.

Kontakt: Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V., An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel: 02217 93 18 47 0, Fax: 0221/ 93 18 47 6, E-Mail: info@kda.de, Internet: www.kda.de

Medica Mondiale

Sexualisierte Kriegsgewalt schärfer verfolgen

Berlin (KNA) Die Frauenhilfsorganisation Medica Mondiale hat ein schärferes Vorgehen gegen sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten gefordert. Zwar gälten Vergewaltigungen in Kriegszeiten mittlerweile als Straftaten, allerdings würden viele davon juristisch nicht verfolgt, bemängelte die Gründerin der Organisation, Monika Hauser, in Berlin. Zugleich forderte Hauser die Bundesregierung auf, „das Thema sexualisierte Gewalt in Kriegsgebieten als Eckpfeiler in die deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ zu etablieren.

Laut einer Studie über die Strafprozesse am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) sowie an der Kriegsverbrecherkammer in Sarajevo mangelt es nach wie vor an institutionalisierten Ermittlungs- und Anklagestrategien. Deshalb gebe es im Bereich sexualisierter Gewalt sowohl zu wenig Anklagen als auch zu viele Freisprüche. Im Hinblick auf Zeuginnen, die in den Prozessen aussagen, macht die Studie Mängel bei der Befragung und im Umgang mit den Frauen deutlich. So hätten die befragten Zeuginnen Kommunikationsprobleme, fehlenden Respekt und schlechte Schutzprogramme kritisiert. Für die Studie wurden 60 Frauen befragt, die bis Juli 2009 vor dem ICTY und der Kriegsverbrecherkammer in Sarajevo als Zeuginnen zu sexualisierter Kriegsgewalt ausgesagt haben. Die Studie wird offiziell im Mai veröffentlicht. Hauser forderte die Bundesregierung auf, auch deutsche Soldaten entsprechend zu schulen, bevor sie in Krisengebiete ausgesandt würden. Das könne dazu beitragen, Straftaten zu verhindern. (KNA – 30. April 2010)

medica mondiale...

- bietet Mädchen und Frauen – Überlebenden sexualisierter Kriegsgewalt – umfassende und langfristige Unterstützung
- baut vor Ort eigene Frauenprojekte auf und fördert lokale Frauenorganisationen
- stärkt Frauen darin, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und sich politisch einzumischen
- qualifiziert Fachkräfte verschiedener Berufsgruppen im Umgang mit von Gewalt betroffenen Frauen in Krisenregionen und in Deutschland
- ist seit 1993 als feministische Menschenrechts- und Hilfsorganisation im Einsatz und hat bislang Frauen in rund 20 Ländern unterstützt
- finanziert sich als gemeinnütziger Verein aus Spenden, öffentlichen Zuwendungen und Fördermitteln

Kontakt:

medica mondiale e. V., Hülchrather Str. 4 - 50670 Köln

Tel: +49 221 931898-0 - Fax: +49 221 931898-1

E-Mail: info@medicamondiale.org

Internet: www.medicamondiale.org

Müttergenesungswerk (MGW)

„Kinder bedeuten immer noch einen Biografiebruch“

Das Müttergenesungswerk feiert sein 60-jähriges Bestehen

Berlin (KNA) Allen familienpolitischen Ambitionen zum Trotz: Die Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind für Frauen offenbar immer noch unzureichend. So urteilt zumindest das Müttergenesungswerk (MGW). Seine Geschäftsführerin Anne Schilling kritisiert: „Die Frauen sind im Alltag, in ihrer Mutterrolle, in ihrer Frauenrolle vielfach überlastet. Es gibt unheimlich viele Anforderungen und Rollenkonflikte. Und viele werden dadurch krank.“ Rund 115.000 Mütter- und Mutter-Kind-Kuren vermittelt das MGW jährlich. Tendenz steigend. In diesem Jahr feiert die Organisation ihr 60-jähriges Bestehen.

Eine Studie des Bundesfamilienministeriums belegt: Der Großteil der jungen, gut ausgebildeten Frauen will heute beides - berufliche Selbstverwirklichung und Familie. „Und trotzdem ist es so, dass die Realisierung eines Kinderwunsches nach wie vor für Frauen einen Bruch in der beruflichen Biografie bedeutet. Denn die Realität ist nur wenig auf Mütter ausgerichtet, es fehlen immer noch gute Rahmenbedingungen“, sagt Schilling. In der Regel seien es eben doch die Frauen, die in Elternzeit gingen und dafür berufliche Einbußen in Kauf nähmen. Nach dem beruflichen Wiedereinstieg folge dann der Stress mit einem oft unzureichenden Betreuungsangebot.

Der hohe Organisationsaufwand, der den Alltag moderner Mütter bestimmt, und die „24-Stunden-Verfügbarkeit“ fordern nicht selten ihren gesundheitlichen Tribut, berichtet Schilling:

„Uns fällt auf, dass die Mütter in der Regel immer mit mehreren Erkrankungen kommen. Im Durchschnitt etwa drei.“ Oftmals sind es Erkrankungen des Bewegungsapparats. Einen hohen Anteil stellen mit knapp 70 Prozent auch psychosomatische Erkrankungen wie etwa Essstörungen oder Depressionen. Hinzu kommen Allergien, gynäkologische Erkrankungen, Herzkreislaufprobleme.

Mit einem bundesweiten Netzwerk von 1.400 Beratungsstellen hilft das Müttergenesungswerk den Frauen, eine passende Kur-Einrichtung zu finden und den Kur-Antrag bei der Krankenkasse zu stellen. Inzwischen sind Mütter- und Mutter-Kind-Kuren Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Doch immer noch versuchten die Krankenkassen, den Müttern bei der Beantragung Steine in den Weg zu legen, kritisiert Schilling. So lehnten die Kassen im vorigen Jahr knapp ein Drittel der Erstanträge ab.

„Die häufigste Begründung lautet, die ambulanten Maßnahmen seien nicht ausgeschöpft. Dieser Grundsatz gilt aber gesetzlich seit 2007 nicht mehr“, sagt Schilling. Auch erleben viele berufstätige Mütter, dass ihre Krankenkasse sie zunächst erst an die Rentenversicherung weiter verweist. „Wissend, dass die Rentenversicherung Mutter-Kind-Maßnahmen nicht anbietet“, empört sich Schilling. Doch Widerspruch lohnt: „Jeder zweite Einspruch gegen eine Ablehnung ist erfolgreich.“ Auch dabei hilft das Müttergenesungswerk. Seit 1950 engagierte es sich so für mehrere Millionen Frauen.

Schließlich übernimmt es noch die Nachsorge nach der Kur, um einen möglichst nachhaltigen Erfolg sicher zu stellen. In Nachsorgeprogrammen wird geschaut, wie das in der Kur Erlernte am Besten in den Alltag integriert werden kann, erklärt Schilling. „Unser Ziel ist seit 60 Jahren das gleiche: Den Frauen Perspektive geben.“

Karin Wollschläger (KNA) - 27. Januar 2010

Wenn pflegende Frauen krank werden

Spezielle Mütter-Kuren für Frauen, die Angehörige pflegen.

Freiburg, 5. März – Etwa 70 Prozent der mehr als zwei Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Oftmals sind es die Frauen, die diese Aufgabe übernehmen. Doch nur die wenigsten haben eine pflegerische Ausbildung für diese Hilfe rund um die Uhr. Die Folge sind körperliche und seelische Überlastungen, weil die eigene Gesundheit in den Hintergrund rückt. „Rückenschmerzen, chronische Erschöpfung und Depressionen gehören zu den häufigsten Erkrankungen von pflegenden Frauen“, weiß Margot Jäger, Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Müttergenesung. Gerade Frauen, die neben der Pflege noch in der aktiven Erziehungs- und Familienverantwortung stehen, leiden in besonderer Weise unter der Mehrfachbelastung und der fehlenden Zeit für die eigene Gesundheit. Darum bietet die KAG Müttergenesung in ihren Kliniken spezielle Vorsorge und Reha-Maßnahmen für pflegende Frauen an.

Im Pflegealltag stellen viele Frauen eigene Bedürfnisse hinter die des Kranken zurück. „Einen chronisch kranken, behinderten oder dementen Menschen zu betreuen, ist ein Vollzeit-Job mit hoher körperlicher und seelischer Belastung“, weiß Schwester Hildegard Braun, Leiterin der Fach-

linik St. Marien in Wertach. „Dass Mütter-Kuren auch Pflegenden zustehen, ist leider viel zu wenig bekannt“, bedauert sie. Die Fachklinik St. Marien bietet spezielle Termine für pflegende Frauen an. Dabei geht es neben der therapeutischen Arbeit auch um Informationen, wie sich die Frauen im Paragrafen-Dschungel der Pflegeversicherung besser zurecht finden.

Wenn Frauen einen Angehörigen pflegen, zögern sie bei einer Erkrankung häufig mit dem Gang zum Arzt. Der Spagat zwischen Familie und Pflege fordert zusätzlich. „Bei einem Großteil der Frauen ist die Grenze der Belastbarkeit längst überschritten. Sie sind am Ende ihrer Kräfte“, so Schwester Hildegard. Während einer Mütter-Kur lernen die Frauen, sich in ihrem Alltag bewusst Auszeiten zu nehmen und aktiv etwas für die eigene Gesundheit zu tun. „Darüber hinaus hilft es vielen Frauen, sich mit anderen über ihre Sorgen und Nöte auszutauschen. Endlich erfahren sie Aufmerksamkeit und Verständnis.“ Schwester Hildegard freut sich, dass viele Frauen auch nach dem Aufenthalt in Wertach in Kontakt bleiben. Weitere Informationen und Termine zu den Angeboten der KAG Müttergenesung für pflegende Frauen gibt es bei der Telefonhotline 0180/ 140 0 140 (3,9 Cent pro Minute).

Die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, **Deutsches Müttergenesungswerk**, wurde 1950 gegründet und ist ein Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände bzw. ihrer Arbeitsgemeinschaften

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)
- DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V. (Der Paritätische)
- Deutsches Rotes Kreuz e. V. (DRK)
- Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e.V. (EVA)
- Katholische Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung e.V. (KAG)

für das gemeinsame Ziel: die Gesundheit und Gesunderhaltung von Müttern. Bundesweit stehen ca. 1.400 Beratungs- und Vermittlungsstellen als Anlaufpunkte für Frauen zu Fragen rund um die Kur zur Verfügung. In 84 vom Müttergenesungswerk anerkannten Einrichtungen werden Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und Mutter-Kind durchgeführt. Das Müttergenesungswerk unterstützt somit jährlich etwa 47.000 Mütter und 68.000 Kinder durch eine Kur.

Unter dem Motto „Damit Mama wieder lacht!“ finden vom 01. bis 16. Mai 2010 bundesweit die Haus- und **Straßensammlungen** des Müttergenesungswerkes statt.

Die **KAG Müttergenesung** ist ein Zusammenschluss von vier katholischen Verbänden, die sich seit über 70 Jahren für Müttergenesung einsetzen: Deutscher Caritasverband, Caritaskonferenzen, Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB) und Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd). Der Arbeitsgemeinschaft sind zur Zeit 23 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen für Mütter, Mütter/Väter mit Kindern mit 1.800 Plätzen angeschlossen. In 400 Beratungs- und Vermittlungsstellen werden jährlich 35.000 Frauen beraten. 14.000 Frauen und 22.000 Kinder nehmen jährlich an Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter / Mutter-Kind / Vater-Kind teil. Die Kath. Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung ist die größte Trägergruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, Deutsches Müttergenesungswerk.

Vorsitzende der KAG Müttergenesung ist KDFB-Vizepräsidentin Beate Born.

Kontakt:

Kath. Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung e.V., Bundesgeschäftsstelle

Margot Jäger, Geschäftsführerin, Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Tel: 0761/ 200-455; Fax: 0761/ 200-743

E-mail: [muettergenesung\(at\)caritas.de](mailto:muettergenesung(at)caritas.de) - Internet: www.kag-muettergenesung.de

Ökumenisches Forum christlicher Frauen in Europa (ÖFCFE)

25 Jahre ökumenisches Engagement von Frauen

Buch zur Geschichte des ÖFCFE erschienen

Das deutsche Ökumenische Forum präsentiert seine Geschichte und vielfältigen Aktivitäten in einer Publikation, die in ihrer Art einmalig ist und eine erste Übersicht über die Aktivitäten von Frauen auf Europäischer Ebene bietet. Es ist eine der wenigen Darstellungen von bemerkenswerten Frauen in der Ökumene, die den Stellenwert ihrer Projekte aufzeigt, und sie enthält eine Fülle von Anregungen und Beispielen aus 25 Jahren ökumenischer Bildungs- und Versöhnungsarbeit in Europa. Die Beiträge sind von Zeitzeuginnen und persönlich Beteiligten geschrieben und ein lebendiges Zeugnis weiblicher Aktivität über deutsche Grenzen hinweg. An den Texten wird deutlich, wie wichtig es bis heute für die Frauen des Ökumenischen Forums ist, Europa für viele Frauen erlebbar zu machen – dies sowohl in spiritueller als auch politischer Hinsicht. (ÖFCFE)

Buchbestellung:

Deutsche Sektion des Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa (Hg.): Ökumene weiblich. (Europas) Frauen überschreiten Grenzen, Frank u. Timme Verlag 2010

Das Forum bietet die Publikation zu einem Vorzugspreis von 13.50 € plus Versandkosten an. (Handelspreis 25 €). Bestellungen an: Hannelore Roy, Schwarzburger Str. 7, 12687 Berlin, E-Mail: hannelore.roy@gmx.net

Das ÖFCFE ist eine Ökumene-Plattform für Frauen verschiedener christlicher Traditionen aus dem europäischen Raum. Es ist ein internationales Netzwerk. Auf europäischer Ebene bietet es Frauen aus unterschiedlichen christlichen Traditionen eine Plattform für Begegnung und Austausch. Auf nationaler Ebene verfolgt das Forum die Vernetzung ökumenisch orientierter Frauenverbände und Freundinnen; es organisiert und unterstützt Frauenprojekte in Europa.

Das ÖFCFE wurde 1982 in Gwatt/Schweiz gegründet. Der KDFB ist Mitglied im ÖFCFE.

Weitere Informationen: <http://www.oekumeneforum.de>

Oxfam Deutschland e.V.

Erneut Kritik an Deutschland wegen Entwicklungshilfe

Brüssel (KNA) Die Entwicklungshilfe der EU-Staaten wird in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als ursprünglich versprochen. Auch Deutschland und Frankreich fielen hinter ihre Zusagen zurück, erklärte die Hilfsorganisation Oxfam in Brüssel unter Berufung auf unveröffentlichte Zahlen der EU-Kommission. Oxfam-Sprecherin Elise Ford sagte, Deutschland und Frankreich präsentierten sich gerne als europäische Vorreiter. Bei der Entwicklungshilfe unterminierten sie aber die Glaubwürdigkeit der EU-Ziele zur Armutsbekämpfung.

Aus einem internen Arbeitsdokument der EU-Kommission gehe hervor, dass die EU-Staaten 2010 wohl 13 Milliarden Euro weniger Entwicklungshilfe zahlen wollten als ursprünglich zugesagt. Spanien, Belgien und Großbritannien seien auf gutem Weg, die Versprechen einzuhalten. Luxemburg, Schweden, die Niederlande und Dänemark zahlten bereits mehr Entwicklungshilfe als von der EU angestrebt, nämlich jeweils über ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung.

Oxfam verlangte von den anderen EU-Staaten, präzise Zeitpläne aufzustellen, wann und wie die Ziele zur Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent der Wirtschaftskraft im Jahr 2015 erreicht werden solle. Ford sagte, die EU-Kommission müsse andernfalls säumige Staaten öffentlich an den Pranger stellen. Auch die OECD hatte Deutschland Mitte Februar kritisiert, weil das Land seine Zusagen nicht einhalten werde. Damit stehe Deutschland gegen einen allgemeinen Trend unter den Geberländern.

Die EU-Staaten hatten 2005 vereinbart, bis 2015 die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. Als Zwischenziel wurde den 15 alten EU-Staaten vorgegeben, bis 2010 die Hilfe auf 0,51 Prozent der Wirtschaftsleistung anheben. Deutschland lag zuletzt bei 0,38 Prozent und damit deutlich unter den Vorgaben. (KNA – 5. März 2010)

Schockierende Studie über Vergewaltigungen in DR Kongo

Vergewaltigungen stehen im vom Bürgerkrieg geschundenen Osten der Demokratischen Republik Kongo auf der Tagesordnung. Allein im Süd-Kivu wurden 2009 mehr als 5.000 Personen vergewaltigt. Noch nicht einmal das eigene Haus bietet Schutz vor brutalen sexuellen Übergriffen: Mehr als die Hälfte der Vergewaltigungen in der DR Kongo fanden nachts und daheim statt, in der vermeintlichen Sicherheit des Hauses der Betroffenen - häufig sogar in Gegenwart der Familien. Dies geht aus der am 15. April frei gegebenen Studie „Now, the world is without me“, von Oxfam und der Harvard Humanitarian Initiative hervor.

„Die Brutalität und das Ausmaß der Vergewaltigungen im Ost-Kongo sind ein Skandal, zumal gleichzeitig über den Abzug der UN-Friedensmission aus der DR Kongo diskutiert wird“, sagt Markus Nitschke, Berater zu Humanitären Krisen bei Oxfam Deutschland. „Frauen sind nicht einmal nachts in ihrem eigenen Bett sicher. Die Anwesenheit der Blauhelm-Soldaten ist so lange erforderlich, bis die kongolesische Regierung selbst im Stande ist, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

Erschütternde Berichte vergewaltigter Frauen

Eine Betroffene berichtet: „Meine Familie und ich schliefen, als die Soldaten kamen. Sie banden meinem Mann die Hände hinter dem Rücken zusammen, und dann vergewaltigten sie mich einer nach dem andern. Später nahmen sie meinen Mann und mich mit in den Wald. Als sich mein Mann widersetzte, erschossen sie ihn. Ich war drei Wochen mit ihnen im Wald bis ich eines nachts entkommen konnte. Als ich wieder nachhause kam, erfuhr ich, dass mein kleines Kind tot war.“

60 Prozent Mehrfachvergewaltigungen

Aus der von der Harvard Humanitarian Initiative durchgeführten Umfrage unter 4.311 Vergewaltigten geht hervor, dass 56 Prozent der Frauen daheim vergewaltigt wurden, 16 Prozent bei der Feldarbeit und 15 Prozent beim Holzsuchen im Wald. Besonders schockierend: 60 Prozent der betroffenen Frauen wurden mehrfach vergewaltigt. 12 Prozent wurden Opfer sexueller Sklaverei, einige wurden jahrelang gefangen gehalten.

Die Täter sind überwiegend Soldaten oder Angehörige von Milizen. Die Studie zeigt, dass während militärischer Aktivitäten die Zahl von Vergewaltigungen steil ansteigt. Im Untersuchungszeitraum haben jedoch auch die Vergewaltigungen durch Zivilpersonen um das 17-fache zugenommen.

Medizinische Versorgung völlig unzureichend

Für die Untersuchung wurden über einen Zeitraum von insgesamt vier Jahren Frauen befragt, die im Panzi-Krankenhaus im Süd-Kivu behandelt wurden. Panzi ist das einzige Krankenhaus seiner Art im Süd-Kivu, einer Region mit rund fünf Millionen Einwohnern. Viele Frauen aus entlegenen Gebieten können die Reise dorthin nicht machen und sterben oft an den schweren Verletzungen infolge von Vergewaltigungen.

Oxfam fordert eine Ausweitung des medizinischen Angebots für die betroffenen Frauen. „Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss radikal verbessert werden, insbesondere für Überlebende sexueller Gewalt in abgelegenen Dörfern. Jede Frau muss die Behandlung bekommen, die sie braucht“, so Nitschke.

Die Studie „Now, the world is without me“ und eine Zusammenfassung finden Sie unter: www.oxfam.de/publikationen/Kongo-Now-the-world-is-without-me

Oxfam Deutschland e.V. ist eine unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation. Ihr Ziel ist eine gerechte Welt ohne Armut, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Oxfam Deutschland e.V. ist Mitglied von Oxfam International.

Oxfam Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin
Telefon: +49 - 30 - 4285 0621
Telefax: +49 - 30 - 4285 0622
E-Mail: info@oxfam.de
Internet: www.oxfam.de

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

Alleinerziehend, weiblich, arm - SkF fordert bessere Chancen für alleinerziehende Mütter

Dortmund. Anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung plädiert der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) insbesondere für eine Verbesserung der Situation alleinerziehender Mütter und ihrer Kinder.

Derzeit gibt es in Deutschland ca. 1,6 Mio. Alleinerziehende mit 2,18 Mio. Kindern unter 18 Jahren. Fast jede zweite Ein-Eltern-Familie lebt an der Armutsgrenze oder darunter und ist auf staatliche Unterstützung angewiesen. Rund 95% der Alleinerziehenden mit Hartz-IV-Bezug sind Frauen. Das Armutsrisiko Alleinerziehender ist fast doppelt so hoch wie das in Paarhaushalten mit Kindern.

„Für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder ist das Armutsrisiko in Deutschland am höchsten“, darauf weist Maria Elisabeth Thoma, Bundesvorsitzende des SkF hin. „Es darf nicht sein, dass der Alleinerziehendenstatus ausschlaggebend für eine Verarmung von Müttern und ihren Kinder ist.“ Ein Arbeitsplatz oder eine Ausbildung mit Aussicht auf eine Tätigkeit mit ausreichendem Einkommen würde die Situation vieler Alleinerziehender verbessern. Für die Betreuung ihrer Kinder fehlen jedoch Krippenplätze. Deren Ausbau ist zwar mittlerweile gesetzlich geregelt, doch planen einige Kommunen in Finanznot die Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren durch den Abbau von Plätzen über Dreijähriger und durch reduzierte Öffnungszeiten zu finanzieren. Damit wäre eine kontinuierliche Kinderbetreuung nicht sichergestellt und die Möglichkeiten für Alleinerziehende, einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit nachzugehen, sehr eingeschränkt.

Besser ginge es den meisten Alleinerziehenden und ihren Kindern, wenn Ansprüche auf Unterhalt vom früheren Partner und Vater ernst genommen würden. Doch ein Drittel der Unterhaltspflichtigen zahlt unregelmäßig oder nicht in voller Höhe, ein weiteres Drittel gar nicht. Zumindest für die Kinder springt hier der staatliche Unterhaltsvorschuss ein, allerdings nur für max. 6 Jahre und nur bis zum 12. Lebensjahr. Die geplante Heraufsetzung der Bezugszeit auf das 14. Lebensjahr bleibt wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig auch die mögliche Bezugsdauer verlängert wird. Der SkF ist in Delegation des Deutschen Caritasverbandes in der Nationalen Armutskonferenz (nak) vertreten. Die nak ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die nak unterstützt als Partner des BMAS das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Konferenz gründete sich im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerkes. (PM SkF)

SkF begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Berechnung von eigenständigen Kinderregelsätzen

Dortmund. Als einen wichtigen Schritt gegen Kinderarmut betrachtet der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, eigenständige Kinderregelsätze zu berechnen. Der Verband plädiert jedoch langfristig dafür, eine existenzielle Grundsicherung von Kindern staatlich zu regeln. Über zwei Millionen Kinder wachsen in Deutschland in

Familien auf, die für ihren Lebensunterhalt auf Transferleistungen angewiesen sind. Um ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen zu verbessern, brauchen sie qualitative Betreuung, bessere Bildung und bedarfsorientierte Beratung. Der SkF sieht es daher als einen großen Fortschritt an, dass die Unterstützung für Kinder in prekären Lebensverhältnissen nicht mehr pauschal vom Regelsatz eines alleinstehenden Erwachsenen abgeleitet, sondern eigenständig und bedarfsdeckend ermittelt wird.

Der SkF fordert mit der Kindergrundsicherung weitergehendere Maßnahmen zum Abbau der Kinderarmut in Deutschland. Dennoch begrüßt Maria Elisabeth Thoma, Bundesvorsitzende des SkF, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: „In Familien und bei Alleinerziehenden, die Sozialleistungen erhalten, reichen die derzeitigen Kinderregelsätze nicht aus, um die Kinder adäquat zu fördern. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ermöglicht Kindern erstmals einen eigenständigen und damit unmittelbaren und angemessenen Anspruch auf Leistungen. Unser Ziel ist jedoch eine Kindergrundsicherung, die die finanzielle Situation von Familien mit Kindern deutlich verbessert und Sozialleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelsatz ALG II ersetzt.“

Der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)** ist ein Frauen- und Fachverband der Sozialen Arbeit in der Kirche. Der Verein ist Fachverband der Kinder- und Jugendhilfe, der Gefährdetenhilfe und der Hilfe für Frauen und Familien in Not. Er setzt sich für Frauen ein, die benachteiligt sind und sich ausgegrenzt fühlen. Er bietet Kindern und Jugendlichen, Frauen und Familien, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, Beratung, Unterstützung und Hilfe an.

Weitere Informationen zu **Nationalen Armutskonferenz** =>
<http://www.nationale-armutskonferenz.de/>

Kontakt:

SkF Bundeszentrale, Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund
Telefon: 0231 557026-0
Internet: www.skf-zentrale.de

Terre des femmes

Kampagne gegen Genitalverstümmelung gestartet

Berlin (KNA) Zu stärkerem Engagement gegen weibliche Genitalverstümmelungen haben Menschenrechtsorganisationen aufgerufen. Seit Jahren machten Politiker weltweit leere Versprechen, diese grausame Beschneidungspraxis zu unterbinden, kritisierte die selbst betroffene Menschenrechtsaktivistin Waris Dirie in Berlin. Zum Welttag gegen Genitalverstümmelung am 6. Februar startete die Bestseller-Autorin eine internationale Kampagne mit dem Titel „Stop FGM now“ (Stoppt Genitalverstümmelung jetzt). Ziel sei, durch provozierende Videospots und Werbeanzeigen die Problematik noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Weltweit sind Schätzungen zufolge bis zu 140 Millionen Frauen beschnitten.

„Terre des femmes“ betonte, Genitalverstümmelung sei auch ein Thema in Deutschland. Die Frauenrechtsorganisation geht von bundesweit rund 20.000 betroffenen Frauen aus. Die „Terre des femmes“-Vorstandsvorsitzende, Irmgard Schewe-Gerigk, kritisierte, die Krankenkassen weigerten sich immer wieder, die Kosten für umfassende Beratungsgespräche oder notwendige medizinische Behandlungen zu übernehmen, da die Behandlung der Folgen weiblicher Genitalverstümmelung nicht im Abrechnungsverzeichnis der Krankenkassen auftauche. Sie rief Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) auf, hier für rasche Korrekturen zu sorgen.

Scharf verurteilte Schewe-Gerigk Äußerungen von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), wonach Deutschland keine Entwicklungshilfegelder mehr an Staaten zahle, die Genitalverstümmelung erlaubten. Es sei wichtig, gerade in diesen Staaten Projekte gegen Genitalverstümmelung zu unterstützen und den Beschneiderinnen berufliche Alternativen anzubieten, so die ehemalige Grünen-Politikerin. Die Erfahrung von „Terre des femmes“ zeige, dass ehemalige Beschneiderinnen häufig zu den engagiertesten Aktivistinnen gegen die Verstümmelung würden, wenn sie an entsprechenden Alternativ-Programmen teilgenommen hätten.

(KNA – 4. Februar 2010)

TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen und Mädchen, die durch Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Einzelfallhilfe, Förderung von Projekten und internationale Vernetzung von Gewalt betroffene Frauen unterstützt. Schwerpunktthemen sind Häusliche Gewalt, Zwangsheirat und Ehrverbrechen, weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhandel

Kontakt:

TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e. V. - Berliner Büro

Merseburgerstr. 3 • 10823 Berlin

Tel. 030/40504699-1 • Fax 030/40504699-9

E-Mail: [gewaltschutz\(at\)frauenrechte.de](mailto:gewaltschutz(at)frauenrechte.de) Internet: www.frauenrechte.de

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Katholikenkomitee fordert Neuordnung der Finanzmärkte

Bonn (KNA) Stärkere Anstrengungen zur Neuordnung der Finanzmärkte hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) von der Bundesregierung gefordert. „Der Anfangsschwung in der Politik, der Neuordnung der Finanzmärkte hohe Priorität einzuräumen, droht zu erlahmen“, warnte ZdK-Präsident Alois Glück in Bonn. „Ohne ein koordiniertes internationales Handeln stehen wir schon heute am Beginn der nächsten Krise.“ Ausdrücklich begrüßte der ZdK-Präsident die Einladung kirchlicher Vertreter zum Weltwirtschaftsforum. „Die Einladung ist ein Signal dafür, dass man verstanden hat, dass eine Wertedebatte Grundlage für die Neuordnung der Finanzmärkte ist und Vertrauen auch im Finanzsektor die wichtigste Währung.“ Am Weltwirtschaftsforum in Davos nahmen erstmals auch 16 Religionsvertreter teil, darunter der Münchner Erzbischof Reinhard Marx. (KNA – 29. Januar 2010)

Katholikenkomitee begrüßt Karlsruher Urteil zu Hartz-IV-Regelsätzen

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen begrüßt. Das Urteil sei eine Weichenstellung für Kinder und Familien in Deutschland, sagte ZdK-Präsident Alois Glück in Bonn. Positiv sei insbesondere, dass sich die Berechnung insbesondere bei Kindern stärker an der Realität orientieren müsse. „Die Kinder werden dadurch in den Mittelpunkt gerückt und ihre konkrete Lebenssituation in Deutschland herausgestellt“, so Glück. (KNA – 9. Februar 2010)

Katholikenkomitee debattiert kontrovers über Afghanistan

München (KNA) Der deutsche Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zu einer kontroversen Debatte geführt. Der deutsche Nato-General Karl-Heinz Lather verteidigte den Afghanistan-Einsatz als ethisch gerechtfertigt. „Nicht alles ist gut in Afghanistan, aber vieles ist besser geworden“, sagte er unter Verweis auf die Situation von Frauen und Mädchen. Aus christlicher Perspektive sei auch darauf hinzuweisen, dass man auch durch Nichthandeln schuldig werden könne.

Lather, der Stabschef des Nato-Hauptquartiers Europa ist, verwies darauf, dass auch in der Strategie der westlichen ISAF-Truppen in Afghanistan der Schutz der Bevölkerung im Zentrum des Handelns stehe. Ziel sei die Isolierung der Aufständischen von der Bevölkerung mit allen erdenklichen Mitteln, um das Vertrauen in die rechtmäßige Staatsgewalt wiederherzustellen. Der General betonte, dass das Handeln deutscher Soldaten durch zahlreiche Entscheidungsprozesse und Institutionen kontrolliert und begleitet werde. „Die meisten mit uns verbündeten Staaten haben weniger komplexe Entscheidungsprozesse.“

Auch der Direktor des Hamburger Instituts für Theologie und Frieden, Heinz-Gerhard Justenhoven, verteidigte den Einsatz in Afghanistan. Deutschland dürfe die afghanische Zivilgesellschaft nicht einfach im Stich lassen und Anarchie und Terror wieder Raum geben. „Wir haben gegenüber der Zivilbevölkerung eine Verpflichtung übernommen, die es zumindest nicht erlaubt, dem Land baldmöglichst den Rücken zu kehren“, sagte er.

Justenhoven forderte von der Politik, Ziele zu formulieren, die „realistisch, erreichbar und ethisch verantwortbar“ seien. Das gelte beispielsweise für Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie die Sicherheit vor Anschlägen, die Wahrung der Menschenrechte, den Aufbau eines Rechtssystems und die Sicherung von Grundbedürfnissen nach Nahrung, Kleidung und Bildung. Ebenfalls wichtig, aber nachrangig seien Medien und politische Teilhabe.

Dagegen bezeichnete die Generalsekretärin der deutschen Sektion von pax christi, Christine Hoffmann, den Militäreinsatz in Afghanistan als gescheitert. Die Kombination von zivilem Wiederaufbau und dem Einsatz von Stabilisierungstreitkräften habe die Zerrissenheit der afghanischen Gesellschaft und die Gewalt noch gesteigert und nicht eine starke Zivilgesellschaft geschaffen. Damit entfalle die Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt. Hoffmann forderte den

schrittweisen Abzug der Bundeswehr, regionale Waffenstillstandsvereinbarungen, mehr Hilfe für den zivilen Wiederaufbau und die Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft.

(KNA – 16. April 2010)

Unter <http://www.zdk.de/aktuelles/> können folgende Redebeiträge zum Tagesordnungspunkt „Friedensethik in veränderter Sicherheitslage“ heruntergeladen werden:

- Einleitende Worte von Josef Winkler MdB
- Einführung von PD Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven
- Statement von General Karl-Heinz Lather
- Statement von Christine Hoffmann, Generalsekretärin der deutschen Sektion von pax christi

Katholikenkomitee fordert Reformen in der Kirche

München (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat weitreichende Reformen in der katholischen Kirche gefordert. Neben einer schonungslosen Aufklärung des Missbrauchsskandals seien „offene, ehrliche und tabufreie Beratungen“ darüber notwendig, wie sich die Kirche grundlegend erneuern könne, sagte ZdK-Präsident Alois Glück in München bei der ZdK-Frühjahrsvollversammlung. Reformbedarf sieht Glück etwa bei der Auswahl für geistliche Berufe, bei Aus- und Fortbildung sowie bei den kirchlichen Strukturen. Er bekräftigte den Willen der katholischen Laien nach Mitberatung.

Glück beklagte mit Blick auf den Skandal eine weitreichende Resignation unter den Katholiken. Dringend notwendig für die Kirche sei es jetzt, Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu sei auch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Staat notwendig. Nach Einschätzung des ZdK-Präsidenten ist derzeit noch offen, ob gegenwärtige Erschütterung zu einer zukunftsweisenden Erneuerung der Kirche oder zu einem dauerhaften Bedeutungsverlust führen werden.

Ein falsch verstandener Wunsch nach Schutz der Institution Kirche habe das Ausmaß des Missbrauchs in katholischen Einrichtungen möglich gemacht, analysierte der 70-Jährige. Dass mittlerweile der Schutz der Opfer in den Mittelpunkt gerückt sei, sei eine „grundlegende Richtungsänderung“, so der ZdK-Präsident, der die Reaktion von Papst Benedikt XVI. auf den jüngsten Missbrauchsskandal lobte.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung in Europa beklagte Glück eine große Angst vor Veränderungen. „Unsere heutige Art zu leben ist nicht zukunftsfähig“, sagte der CSU-Politiker. Viele Menschen spürten das zwar, verdrängten diese Einsicht aber. Notwendig seien deshalb eine intensive öffentliche Debatte und ein neuer Aufbruch zu einer „zukunftsfähigen Kultur“. Die Christen könnten aus der „Schatztruhe der christlichen Soziallehre“ und auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes viel zu einer humanen Zukunft beitragen.

Auch der Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst räumte ein, dass die katholische Kirche in der größten Glaubwürdigkeitskrise seit vielen Jahrzehnten stecke. Er beklagte zugleich, dass

die bisherigen Aufklärungsbemühungen der Kirche in der Gesellschaft nicht genügend wahrgenommen würden.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse verlangte, dass die Kirche jetzt Selbsterforschung und Selbstkritik zulassen müsse. „Wir sollten uns auch erlauben, unseren Zorn auf den Vatikan zu äußern“, sagte der SPD-Politiker, der zugleich die Haltung des Papstes lobte. Zahlreiche Äußerungen der vergangenen Monate aus der Kurie seien auch für Katholiken tief beschämend. Thierse äußerte die Vermutung, dass „wir gegenwärtig den Untergang der Klerikerkirche“ erleben. Während die Kirche Empfängnisverhütung verurteile und Sexualität verdränge, habe sie gleichzeitig geweihte Täter aus den eigenen Reihen gedeckt. Dieses ideologische Gebäude gerate jetzt ins Wanken.

Der Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes, kritisierte Stimmen von Kirchenrepräsentanten, die die Kirche jetzt selber als Opfer des Skandals darstellten. Eine solche Haltung verletze die Opfer ein weiteres Mal. Mertes, der den Skandal Mitte Januar an seiner Schule öffentlich gemacht hatte, forderte von der Kirche, ihre Haltung zu geistlicher Macht zu hinterfragen. Sie müsse auch eine Sprachfähigkeit in Sachen Sexualität gewinnen.

(KNA – 16. April 2010)

Das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)** ist der Zusammenschluss von Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolates und weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Entsprechend dem Dekret des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien (Nr. 26) ist das ZdK das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ, das die Kräfte des Laienapostolats koordiniert und das die apostolische Tätigkeit der Kirche fördern soll. Die Mitglieder des Zentralkomitees fassen ihre Entschlüsse in eigener Verantwortung und sind dabei von Beschlüssen anderer Gremien unabhängig.

Kontakt:

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Generalsekretariat
Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn / Postfach 24 01 41, 53154 Bonn
Telefon: 0228 / 38297-0 - Telefax: 0228 / 38297-44
E-Mail: [info\(at\)zdk.de](mailto:info(at)zdk.de) - Internet: www.zdk.de